

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großhildesheim behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschli. Bringerlohn 2.-, für Selbstabholer 1.90 Mk. - Durch die Post bezogen 2.- Mk. ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Postfachkonto: Leipziger Buchdruckerei W. G., Leipzig Nr. 534 77**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. - **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 - Telephon 72206

Inseratenpreise: Die 10. Spalte, Kolonellzeile 35 Pf., bei Platzvorschrift 40 Pf., Stellenangebote 10 gelp. Kolonellzeile 25 Pf., Familiennachrichten von Privaten die 10. gelp. Kolonellzeile mit 50% Nachl. Reklamezeile 2 Mk., Inserate v. ausw.: die 10. gelp. Kolonellzeile 40 Pf., bei Platzvorschr. 50 Pf., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Vertrauen für die Reichstagsfraktion

Unter allen Umständen Erhaltung und Verteidigung der Demokratie

Entschießung des Bornaer Unterbezirks

In Kierisch tagte gestern eine Konferenz des Bornaer Unterbezirks, die sich mit den politischen Problemen beschäftigte, die durch den Panzerkreuzer und im Kampfe um den Reichstag entstanden sind. Das Referat hatte der Reichstagsabgeordnete Genosse Saupé übernommen. Die Konferenz war von 62 Genossinnen und Genossen besucht, die insgesamt 27 Ortsgruppen vertreten haben. Am Schluß der Aussprache wurde von den Vertretern der Ortsgruppe Borna die nachfolgende Resolution eingebracht, die einstimmig angenommen worden ist. Sie lautet:

„Die am 22. März in Bahnhof Kierisch tagende Funktionärskonferenz des Unterbezirks Borna beschäftigte sich in heftigster offener Aussprache mit den letzten Bestimmungen im Reichstag. Weit wichtiger und lebensnotwendiger als die Frage der Panzerkreuzer erachtet die Konferenz für den Epizentrum der deutschen Arbeiterklasse die Erhaltung und Verteidigung der demokratischen Staatsform unter allen Umständen. In diesem Zusammenhange sprechen die Delegierten der Reichstagsfraktion ihr volles Vertrauen aus. Sie bedauern aber, erklären zu müssen, daß sie im Angesicht der gegenwärtigen Situation die Haltung der neun Genossen, die gegen den Beschluß der Fraktion stimmten, durchaus nicht verstehen können.“

Die Aussprache, die dem Referat folgte, bewegte sich einmütig im Sinne dieser Resolution. Eine gegenteilige Meinung wurde nicht vertreten. Daß die Werbefähigkeit der Partei auch

durch den Kampf um die Panzerkreuzer nicht gemindert wurde, bewiesen einige Feststellungen, die nach Beendigung der politischen Debatte gemacht wurden. In Kierisch hat während der letzten Wochen ein einziger Genosse 12 Ausnahmen gemacht. Die gleichen Ergebnisse hatte ein Genosse in einem anderen Ort. Die Spitze im Wettbewerb um den besten Werbeerfolg hält zur Zeit ein Bornaer Genosse, der 13 Ausnahmen zu verzeichnen hat.

Der Verlauf der Bornaer Unterbezirkskonferenz bezeugt, daß die Befürchtungen der neun Dissidenten der Reichstagsfraktion nicht stichhaltig sind, die glauben, daß bei der Haltung der Fraktion zum Panzerkreuzer B die Werbemöglichkeit und die Widerstandskraft der Partei stark gemindert würde. Auch die Delegierten der Tagung in Kierisch bestätigten, daß die Kommunisten ihr möglichstes tun, um die Sozialdemokratische Partei zu diskreditieren. In der Erkenntnis aber, daß es zunächst gilt, die Demokratie unter allen Umständen zu erhalten, gelobten sie, alles einzusetzen, um alle Manöver der Kommunisten zu durchkreuzen.

Die Parole bleibt nach wie vor: 'Antifaschismus! Der Kampf gegen den Faschismus wird am besten geführt durch die Verbreiterung der sozialdemokratischen Klassenfront. In diesem Sinne gilt nach wie vor der Ruf:

„Wo bleibt der zweite Mann?“

Deutsch-österreichische Wirtschaftsbündnis

SPD Auf das Plakat, das die Zoll-Waffenstillstandsbestrebungen vor einigen Tagen in Genf erlebt haben, folgt die Nachricht vom Abschluß der handelspolitischen Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich. Ebenso wichtig wie dieser Abschluß ist die Art, wie ihn die beiden Regierungen der Öffentlichkeit mitteilen. Es wird eindeutig gesagt, daß sich Bestrebungen, die in dem neuen deutsch-österreichischen Vertrag ihren Ausdruck finden, nicht auf die beiden Länder beschränken sollen. Der Weg von Verhandlungen mit andern Staaten auf der gleichen Grundlage wird ausdrücklich offen gehalten. Die Regierungen Deutschlands und Oesterreichs bezeichnen sich damit handelspolitisch zu der Politik der offenen Tür.

Die Besprechungen zwischen Deutschland und Oesterreich sind durch den Besuch des deutschen Außenministers Dr. Curtius in Wien so weit gefördert worden, daß in den anschließenden Beratungen, die in Berlin und Wien stattgefunden haben, die Uebereinstimmung über das weitere gemeinsame Vorgehen auf diesem Gebiet festgestellt werden konnte.

Wie in einem deutschen Communiqué mitgeteilt wird, wurden sich beide Regierungen darüber klar, daß mit den bisherigen üblichen Methoden der Handelspolitik der Gedanke einer europäischen Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet nicht verwirklicht werden konnte. Es mußten andere Wege gefunden werden. Schon während der Septembertagung in Genf hat der österreichische Vizekanzler Dr. Schober der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die bessere Organisierung der europäischen Wirtschaft mit regionalen Verständigungen beginnen müsse. Im Verfolg dieses Gedankens haben die beiden Regierungen sich jetzt entschlossen, in dieser Richtung einen praktischen Anfang zu machen, und auf Grund bestimmter, vereinbarter Richtlinien in Verhandlungen über einen Vertrag zur Angleichung der Zoll- und handelspolitischen Verhältnisse ihrer Länder einzutreten. Dabei sind sich die beiden Regierungen darüber einig geworden, daß sie auch mit jedem anderen europäischen Staate auf dessen Wunsch in Verhandlungen über eine gleichartige Regelung eintreten wollen.

Die für den deutsch-österreichischen Vertrag vereinbarten Richtlinien lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Deutschland und Oesterreich schließen sich für den Warenverkehr zwischen ihren Ländern und für ihren Warenverkehr mit dritten Staaten zu einer Zollunion zusammen. Diese Zollunion soll nach einem neuen System aufgebaut werden, das von den für Zollunionen sonst üblichen Formen erheblich abweicht. Die Unabhängigkeit beider Länder bleibt unberührt. Sie werden einen übereinstimmenden Zolltarif und ein übereinstimmendes Zollgesetz einführen, die künftig nur auf Grund einer Vereinbarung zwischen ihnen abgeändert werden können. Im Warenverkehr zwischen den beiden Ländern sollen keine Einfuhr- und Ausfuhrzölle erhoben werden; jedoch werden sich

In der Bahre Hermann Müllers

SPD Der Sarg mit der sterblichen Hülle Hermann Müllers wurde am Sonnabend, gegen 19.45 Uhr, in aller Stille von dem Sterbehause nach dem Hause der Sozialdemokratie, der Lindenstraße 3, übergeführt, an jene Stätte, an der Hermann Müller jahrelang für die Partei und die Republik erfolgreich gearbeitet hat. In einem einfach ausgeschmückten Partier-Kaum wurde der Sarg aufgebahrt. Die erste Totenwache hielten die engeren Freunde Hermann Müllers aus dem Parteivorstand, der Reichstags- und Landtagsfraktion, der Vorwärts-Redaktion und sonstiger Parteistrukturen.

Am Sonntag morgen übernahm das Reichsbanner die Totenwache.

Der Sonntag brachte eine Massenkundgebung der Träger an der Bahre des toten sozialdemokratischen Führers. Aus Berlin wird darüber berichtet:

Auf dem Gebäude des „Vorwärts“ in der Lindenstraße wohnt eine große rote Fahne auf Halbmaß. Die Tore sind weit geöffnet. Reichsbannerleute stehen auf dem Hof und weisen die Besucher in den Raum zu ebener Erde, der Hermann Müllers Leiche birgt. Sechs Reichsbannerleute stehen unbeweglich neben dem einfachen braunen Holzarg. Endlos kommen die Besucher aus nah und fern, Proletarier und Bürger. Stumm stehen sie vor dem Sarg, und stumm gehen sie wieder. Auf dem Hof stehen Menschengruppen, alte Parteigenossen aus der Zeit des Sozialistengesetzes. Sie besprechen die Lage. Sie werden nicht verzagen, denn sie wissen, daß das Banner steht, wenn der Mann auch fällt.

Die Beisetzung Hermann Müllers erfolgt am Donnerstag, 18 Uhr, von dem Hause der Sozialdemokratischen Partei, der Lindenstraße 3, aus. Auf dem 1. Hof des Gebäudes wird der Sarg aufgebahrt werden. Otto Wels und andere führende Mitglieder der Partei werden ihrem Freunde letzte Abschiedsworte widmen. Dann wird der Sarg mit der sterblichen Hülle, von einer Ehrenwache des Reichsbanners eskortiert, über den Belle-Alliance-Platz durch die Wilhelmstraße zum Reichstag und von dort zu dem Krematorium in der Gerichtsstraße gebracht werden. Von der Reichstagskanzlei bis zum Reichstag wird das gesamte Reichskabinett, mit Reichskanzler Dr. Brüning an der Spitze, dem Toten das letzte Geleit geben. Am Reichstagsgebäude macht der Trauerzug noch einmal Halt: Das Parlament wird sich durch den Mund seines Präsidenten P. L. D. für immer von Hermann Müller verabschieden. Dann führt der Weg zur Gerichtsstraße, wo die Einäscherung erfolgt. Die Gebäude der Reichsregierung haben seit Sonnabend zu Ehren Hermann Müllers Halbmaß geflaggt.

Die Polizeikostenzuschüsse

Kein Anspruch für Naziregierungen

SPD. Der Reichstag nahm am Sonnabend zum Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung folgende „politisch wichtige“ Ausschlußentscheidung an:

„Beim Abschluß der Verträge über die Fortzahlung der Polizeikostenzuschüsse ist darauf zu sorgen, daß kein Anspruch auf Zahlung an solche Länder gewährt wird, die Angehörige von Parteien, die mit oder ohne ausdrückliche Billigung ihrer obersten Führung den gewaltsamen Umsturz propagieren, in die Schutzpolizei aufnehmen oder zu Vorgelegten der Schutzpolizei machen.“

Wahlerfolg der Labour Party

Die Nachwahl in Pontypriid, (im Kohlengbiet von Port) ergab für den Labour-Kandidaten Davies 12 819 Stimmen gegen 6414, bei der letzten Wahl. Der liberale Kandidat erhielt 8388 Stimmen.

Das Ergebnis der Nachwahl ist ein Beweis dafür, daß die Bergarbeiter das Vertrauen in die Labour-Regierung nicht verloren haben, obwohl die ihnen im Wahlkampf gegebenen Versprechungen bisher nicht erfüllt werden konnten.

Hermann Müller auf der Totenbahre



A-Lesehalle